

Verfassungsstaat und Finanzkrise

Bearbeitet von
Peter M. Huber

1. Auflage 2014. Buch. 79 S. Kartoniert
ISBN 978 3 8487 0505 4
Gewicht: 171 g

schnell und portofrei erhältlich bei


DIE FACHBUCHHANDLUNG

Die Online-Fachbuchhandlung beck-shop.de ist spezialisiert auf Fachbücher, insbesondere Recht, Steuern und Wirtschaft. Im Sortiment finden Sie alle Medien (Bücher, Zeitschriften, CDs, eBooks, etc.) aller Verlage. Ergänzt wird das Programm durch Services wie Neuerscheinungsdienst oder Zusammenstellungen von Büchern zu Sonderpreisen. Der Shop führt mehr als 8 Millionen Produkte.

Peter M. Huber

Verfassungsstaat und Finanzkrise



Nomos

Dresdner Vorträge zum Staatsrecht

Herausgegeben von
Prof. Dr. Arnd Uhle, Technische Universität Dresden

Band 7

Peter M. Huber

Verfassungsstaat und Finanzkrise



Nomos

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

ISBN 978-3-8487-0505-4 (Print)

ISBN 978-3-8452-4795-3 (ePDF)

1. Auflage 2014

© Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden 2014. Printed in Germany. Alle Rechte, auch die des Nachdrucks von Auszügen, der fotomechanischen Wiedergabe und der Übersetzung, vorbehalten. Gedruckt auf alterungsbeständigem Papier.

Inhaltsverzeichnis

A.	Der offene Verfassungsstaat in der Europäischen Union	10
I.	Vom Solange I-Beschluss bis zum ESM-Urteil	10
II.	Grundlagen und Grenzen der Mitgliedschaft Deutschlands in der Europäischen Union	13
1.	Das Zustimmungsgesetz als Grundlage für die Geltung des Unionsrechts in Deutschland	13
2.	Integrationsprogramm und Verfassungsidentität als Grenzen	14
a)	Integrationsprogramm und Ultra-vires-Kontrolle	14
b)	Verfassungsidentität (Art. 79 Abs. 3 GG)	16
3.	Parallelen und „Nachbilder“	22
a)	Ultra-vires-Kontrolle	23
b)	Verfassungsidentität	25
III.	Konfliktpotential zwischen dem EuGH und nationalen Gerichten	27
1.	Begrenzte Anzahl von Konfliktfällen	28
2.	Kooperationsverpflichtung der nationalen Gerichte	29
3.	Rücksichtnahme des EuGH auf die nationale Verfassungsidentität	30
a)	Beispiele aus der EuGH-Rechtsprechung	31
b)	Kein Bekenntnis zum Kooperationsprinzip	33
B.	Die Juridifizierung von Politik als deutsches Spezifikum	35
I.	Das deutsche Rechtsstaatskonzept und seine „Pfadabhängigkeit“	35
1.	Vorkonstitutionelle Grundlagen	35
2.	Die Entwicklung nach 1949	37
3.	Die starke Rolle der Dritten Gewalt	38
II.	Vergleich mit anderen Rechtsordnungen	39

Inhaltsverzeichnis

C.	Die Entdeckung des Demokratieprinzips nach 1990	41
I.	Die Subjektivierung des Demokratieprinzips in der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts	41
1.	Dominanz des Rechtsstaats bis 1990	42
2.	Vom Maastricht-Urteil zum OMT-Beschluss	42
a)	Die Anreicherung von Art. 38 Abs. 1 Satz 1 GG	43
b)	Einwände	45
3.	Deutscher Alleinstand	48
II.	Politische Selbstbestimmung als optimierungs- bedürftiges Verfassungsprinzip	49
D.	Die Schlüsselrolle des Deutschen Bundestages	50
I.	Vom Vorbehalt des Gesetzes zum Parlamentsvorbehalt	50
II.	Budgetrecht und haushaltspolitische Gesamt- verantwortung	52
E.	Die Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts zur Finanzkrise im Einzelnen	53
I.	Das Urteil zur Griechenlandhilfe und zur EFSF vom 7. September 2011	53
II.	Die Entscheidung zum Sondergremium vom 28. Februar 2012	55
III.	Das Urteil zu den Informationsrechten des Bundestages bei ESM und EPP vom 19. Juni 2012	58
1.	Angelegenheiten der Europäischen Union	58
2.	Das europapolitische Kondominium von Bundesregierung und Parlament	60
IV.	Das Urteil zur e.A. gegen den ESM und den SKSV vom 12. September 2012	62
1.	Summarische Prüfung	64
2.	Materiell-rechtliche Kontinuität	64
3.	Völkerrechtliche Sicherstellung	66
V.	Der OMT-Beschluss vom 14. Januar 2014	68

VI. Das ESM-Urteil vom 18. März 2014	71
1. Keine Popularklage unter Berufung auf Art. 38 Abs. 1 GG	72
2. Engführung der absoluten Obergrenze	73
3. Zur Verpflichtung des Haushaltsgesetzgebers, die für den ESM notwendigen Mittel bereitzustellen	74
4. Vetorecht	76
F. Fazit	77